

Beschluss (vorläufig) Forderungen der GJ Waldshut Tiengen an Kandidat*innen zur Landtagswahl 2021

Gremium: Aktiventreffen GJ Waldshut vom 01.03.2020
Beschlussdatum: 01.03.2020

Antragstext

73 Verkehr

- 74 • Zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke zwischen Waldshut und Erzingen sowie
75 die komplette Elektrifizierung der Hochrheinbahn. Ebenso die dauerhafte
76 Wiederbelebung der Wutachtalbahn zwischen Blumberg und Waldshut durch den
77 Bau von Bahnsteigen, Bahnschranken und entsprechenden Ampeln.
- 78 • Schaffen von ausreichend P+R Parkplätzen
- 79 • einen 30 Minuten Takt für die Regionalbahn von 6 bis 20 Uhr und in den
80 Randzeiten 4-6 Uhr und 20-24 Uhr einen 60 Minuten Takt auf der
81 Hochrheinbahn.
- 82 • Eine kostenlose App für alle Fahrgäste um den Umstieg zu anderen
83 Verkehrsmitteln anzumelden. Dies beinhaltet sowohl Busse als auch Züge.
84 Bei einer Verspätung muss die*der Fahrer*in des vorgemeldeten
85 Verkehrsmittels bis zu 5 Minuten warten.
- 86 • Direkte Umstiegsmöglichkeiten von den Zügen auf Anschlussbusse.
- 87 • Fahrradwege pendler*innentauglich und kontinuierlich ausbauen. Bisher sind
88 häufig nur tourist*innentaugliche "Höhenwege" vorhanden, um effizient
89 voran zu kommen müssen häufig trotzdem gefährliche Landstraßen genutzt
90 werden
- 91 • Ausbau der Bundesstraße B34 mit einem Stadttunnel unter Waldshut
- 92 • Bau von Innovativen Lärmschutzmaßnahmen an den Schienen und Straßenwegen

93 Naturbildung

- 94 • Bei der Bepflanzung öffentlicher Grundstücke müssen heimische Obstgehölze
95 und Sträucher verwendet werden; keine leblosen Tuja Hecken; Pflanzen mit
96 essbaren Früchten sollen vorrangig gepflanzt werden
- 97 • Schulgarten-Projekte müssen ebenso unterstützt werden, Lehrer*innen
98 sollten langfristig Wochenstunden für eine Schulgarten-AG bekommen sowie
99 für die Anschaffung von Bepflanzung Gelder zu Verfügung gestellt bekommen.
- 100 • Um ein besseres Verständnis für die eigenen Nahrungsmittel zu entwickeln,
101 soll jede*r Schüler*in die Möglichkeit bekommen, ein
102 Landwirtschaftspraktikum zu machen. Zudem ist anzustreben, dass jede
103 Klasse sowohl einen Konventionellen als auch einen Biohof besichtigt.

104 Landwirtschaft

- 105 • Verstärkte finanzielle Unterstützung für die Erhaltung/ Schaffung von
106 Strukturen und Landschaftselementen, bspw. Sollten wertvolle
107 Streuobstbäume anstelle mit 2,5 € zukünftig mit 25€ pro Baum und Jahr
108 gefördert werden
- 109 • Stärkere Anreize für eine Fruchtfolge und verbesserte Bodenökologie. (bspw
110 Förderungen für Kulturen wie Soja, Linsen und Mischfrüchte sowie der
111 Förderung der Konservierenden Landbewirtschaftung)
- 112 • Schaffung einer Weidetierprämie von 50€ pro Mutterschaf und Jahr, denn
113 Wanderschäfer leisten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer
114 Kulturlandschaft
- 115 • Dialog beim Thema Wolf

116 Umweltschutz

- 117 • Bebauungsverbot für Streuobstwiesen ab einer Fläche von 1500
118 Quadratmetern
- 119 • Flächenverbrauch drastisch reduzieren, zum Beispiel durch Verbot des
120 Neubaus einstöckiger Gebäude (siehe Einkaufsmärkte, die mit ihren
121 Parkplätzen und Bungalow-Bauten meist über 3000m² beanspruchen)
- 122 • Bürgerbeteiligte Photovoltaik und Windkraft -Projekte unterstützen (zum
123 Beispiel durch Schaffung von Anlaufstellen die die Planung und Begleitung
124 solcher Projekte unterstützen)
- 125 • Novelisierung der Abstandsregelung maximal auf die zweifache Höhe
- 126 • Um die Energiewende voranzutreiben müssen Programme vermehrt Anreize für
127 dezentrale Photovoltaikanlagen schaffen, dazu müssen auch Kommunen
128 angesprochen und unterstützt werden.

129 Bauen

- 130 • Bei der Schaffung von neuem Wohnraum sollte zukünftig verstärkt auf eine
131 flexible Nutzung geachtet werden, sodass bspw. die Wohnung verkleinert
132 werden kann, wenn die Kinder ausziehen
- 133 • Zur Umsetzung des Verbots von sog. "Schottergärten" entsprechend §9 der
134 Landesbauordnung muss die Landesregierung aufgefordert werden sich aktiv
135 an die einzelnen Kommunen zu wenden. Zentral muss erreicht werden, dass
136 auch in der kommunalen Bauordnung und Ausschreibungen das Verbot für
137 Schottergärten verankert wird. Zudem sollen Bauunternehmen aufgefordert

138 bis sanktioniert werden die Realisierung von Schottergärten nicht mehr
139 anzubieten.

- 140 • Generationenprojekte anregen, alte Menschen ermuntern ihr Haus mit
141 Studierenden zu teilen.

- 142 • Bei Neubauten sollte die Effizienzklasse Energieeffizienzhaus 50 als
143 Mindestmaß gelten.

- 144 • Des weiteren sollte der Einbau von heimischem Bauholz Vorrang haben, da
145 Holz im Gegensatz zu Beton bei der Produktion CO₂ aufnimmt und nicht CO₂
146 produziert

147 Vereine

- 148 • Vereine können einen entscheidenden Teil dazu beitragen Jugendliche vor
149 Extremismus zu schützen und politisch zu sensibilisieren. Damit dies noch
150 besser gelingen kann muss die Landesregierung noch mehr die Vereine bei
151 der Extremismusprävention unterstützen.

152 Solidarität

- 153 • Als GRÜNE JUGEND stehen wir für eine Solidargemeinschaft, die offen für
154 alle und in der jede*r gleich ist. Leider begegnen Schwule, Lesben, trans-
155 und queerpersonen häufig latenter oder offener Diskriminierung. Um gerade
156 Jugendlichen eine Möglichkeit zu geben, sich jemandem anzuvertrauen, falls
157 sie Hilfe benötigen, wollen wir eine Anlaufstelle für die lgbtq+ Community
158 schaffen. Denn in unserer Gesellschaft sollten alle lieben dürfen, wen sie
159 wollen.

Begründung

Der vorgelegte Entwurf wurde größtenteils aus den Forderungen der GJ Breisgau-Hochschwarzwald übernommen und an die Lage im Landkreis Waldshut angepasst.